


**Titel:** Kommunales Ortsrecht

**Herausgeber:** Parzefall; Ecker; Katzer

**Abschnitt:** Teil 10 Finanz- und Abgabewesen

→ 104 Zweitwohnungssteuer

## **104.10 Satzung für die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Zweitwohnungssteuersatzung)<sup>1</sup>**

[Dieser Mustertext liegt im Word-Rich-Text-Format (RTF) vor. Sie können den Text nach Ihren Wünschen bearbeiten und unter einem anderen Dateinamen zur weiteren Verwendung abspeichern. Bitte klicken Sie auf  , damit das gewünschte Dokument in Ihrem Textverarbeitungsprogramm geöffnet wird.]

Aufgrund des Art. 22 Abs. 2 der Bayerischen Gemeindeordnung (GO) und des Art. 3 Abs. 1 des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes (KAG) erlässt die Gemeinde (die Stadt, der Markt)<sup>2</sup>  
\_\_\_\_\_ folgende

### **Satzung für die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer**

#### **§ 1**

##### **Steuertatbestand und Steuergegenstand**

(1) Die Gemeinde/Stadt (der Markt) \_\_\_\_\_ erhebt eine Zweitwohnungssteuer als Jahresaufwandsteuer für das Innehaben einer Zweitwohnung<sup>3</sup> im Gemeinde-/Stadtgebiet.

(2) Wohnung im Sinne dieser Satzung ist jede Wohnung<sup>4</sup> im Sinne von Art. 15 des Bayerischen Meldegesetzes (MeldeG) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Zweitwohnung im Sinne dieser Satzung ist jede Wohnung, die melderechtlich als Nebenwohnung<sup>5</sup> erfasst ist. Hat eine Person eine Wohnung inne, mit der sie melderechtlich nicht erfasst ist, dient die Wohnung als Zweitwohnung im Sinne dieser Satzung, wenn die Person eine andere Wohnung als Hauptwohnung<sup>6</sup> im Sinne des MeldeG innehat. Die vorübergehende<sup>7</sup> Nutzung zu anderen Zwecken, insbesondere zur Überlassung an Dritte, steht der Zweitwohnungseigenschaft nicht entgegen.

#### **§ 2**

##### **Steuerbefreiungen**

Von den in § 1 Abs. 3 genannten Zweitwohnungen sind steuerfrei

1.

Wohnungen, die von öffentlichen oder gemeinnützigen Trägern zu therapeutischen Zwecken oder für Erziehungszwecke zur Verfügung gestellt werden.<sup>8</sup>

2.

Wohnungen in Alten-, Altenwohn- und Pflegeheimen, in Einrichtungen zur vorübergehenden Aufnahme pflegebedürftiger Personen und in ähnlichen Einrichtungen.<sup>89</sup>

3.

Nebenwohnungen, die Minderjährige oder noch in Ausbildung befindliche Personen, bei den Eltern oder bei einem/beiden Elternteil(en) innehaben,

soweit sie von den Eltern finanziell abhängig sind.<sup>10</sup>

4.

Wohnungen, die verheiratete, nicht dauernd getrennt lebende Personen, deren eheliche Wohnung sich nicht im Stadt-/Gemeindegebiet befindet, aus Gründen ihrer Erwerbstätigkeit, ihrer (Berufs-)Ausbildung oder ihres Studiums innehaben.<sup>11</sup>

*fakultativ:*

*„(2) Die Steuer wird nicht erhoben, wenn die Summe der positiven Einkünfte des Steuerpflichtigen nach § 2 Abs. 1, 2 und 5a des Einkommensteuergesetzes (EStG) im vorletzten Jahr vor Entstehen der Steuerpflicht 29 000 € nicht überschritten hat. Bei nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten und Lebenspartnern beträgt die Summe der positiven Einkünfte 37 000 €. Bezieht der Steuerpflichtige Leistungen nach § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a oder Nr. 5 Satz 2 Buchst. a EStG, ist den positiven Einkünften der nicht steuerpflichtige Anteil der Leistungen hinzuzurechnen. Ist die Summe der positiven Einkünfte im Steuerjahr voraussichtlich niedriger, so ist von den Einkommensverhältnissen dieses Jahres auszugehen. Die Steuer wird nicht höher festgesetzt als ein Drittel des Betrags, um den die Summe der positiven Einkünfte 29 000 € bzw. 37 000 € übersteigt.“<sup>12</sup>*

### **§ 3**

#### **Steuerschuldner**

(1) Steuerschuldner ist jede natürliche Person, die im Gemeinde-/Stadtgebiet eine Zweitwohnung im Sinne des § 1 Abs. 3 innehat (Inhaber einer Zweitwohnung).<sup>13</sup>

(2) Haben mehrere Personen gemeinschaftlich eine Zweitwohnung inne, so sind sie Gesamtschuldner nach § 44 der Abgabenordnung (AO) in der jeweils geltenden Fassung.

### **§ 4**

#### **Bemessungsgrundlage, Steuermaßstab**

(1) Die Steuer wird nach dem jährlichen Mietaufwand berechnet. Der jährliche Mietaufwand ist die Nettokaltmiete, die der Steuerschuldner für die Benutzung der Wohnung aufgrund eines Vertrages nach dem Stand im Zeitpunkt der Entstehung der Steuerpflicht für ein Jahr zu entrichten hat (Jahresnettokaltmiete). Als Mietaufwand gelten auch alle anderen Formen eines vertraglich vereinbarten Überlassungsentgelts, beispielsweise Pacht, Nutzungsentgelt, Erbbauzins, Leibrente.

(2) Wenn nur eine Bruttokaltmiete (einschließlich Nebenkosten, aber ohne Heizkosten) vereinbart wurde, gilt als Nettokaltmiete die um einen Abzug von 10 % verminderte Bruttokaltmiete. Wenn nur eine Bruttowarmmiete (einschließlich Nebenkosten und Heizkosten) vereinbart wurde, gilt als Nettokaltmiete die um einen Abzug von 20 % verminderte Bruttowarmmiete.<sup>14</sup>

(3) Für Wohnungen, die

- im Eigentum des Steuerpflichtigen stehen,
- dem Steuerpflichtigen unentgeltlich oder zu einem Entgelt unterhalb der ortsüblichen Miete überlassen sind,<sup>15</sup>
- ungenutzt sind,

ist die Nettokaltmiete in der ortsüblichen Höhe anzusetzen. Sie wird von der Gemeinde/Stadt \_\_\_\_\_ in Anlehnung an die Nettokaltmiete geschätzt, die für Räume gleicher oder ähnlicher Art, Lage und Ausstattung regelmäßig gezahlt wird.

### **§ 5**

#### **Steuersatz**

(1) Die Jahressteuer beträgt \_\_\_\_\_<sup>16</sup> vom Hundert der Bemessungsgrundlage.<sup>17, 18</sup>

**(2) Ist zum Zeitpunkt der Entstehung der Steuerschuld die Verfügbarkeit der Zweitwohnung für Zwecke der persönlichen Lebensführung aufgrund eines Vertrags mit einer Vermietungsagentur, einem Hotelbetrieb oder einem vergleichbaren Betreiber zwecks Weitervermietung zeitlich begrenzt<sup>19</sup> beträgt die Steuerschuld bei einer Eigennutzungsmöglichkeit im Veranlagungszeitraum von**

- a) bis zu einem 25 v.H.  
Monat**
- b) bis zu drei 50 v.H.  
Monaten**
- c) bis zu sechs 75 v.H.  
Monaten**

**der Jahressteuer.**

## **§ 6**

### **Entstehung und Ende der Steuerpflicht**

- (1) Die Steuer wird als Jahressteuer erhoben. Besteuerungszeitraum ist das Kalenderjahr.**
- (2) Die Steuerpflicht für ein Kalenderjahr entsteht am 1. Januar. Tritt die Zweitwohnungseigenschaft erst nach dem 1. Januar ein, so entsteht die Steuerpflicht mit dem ersten Tag des auf diesen Zeitpunkt folgenden Monats.**
- (3) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Steuerpflichtige die Zweitwohnung nicht mehr innehat.**

## **§ 7**

### **Festsetzung und Fälligkeit der Steuer, Rundung**

- (1) Die Gemeinde/Stadt \_\_\_\_\_ setzt die Steuer für ein Kalenderjahr oder - wenn die Steuerpflicht erst während des Kalenderjahres entsteht - für den Rest des Kalenderjahres durch Bescheid fest. In dem Bescheid kann bestimmt werden, dass die Steuerfestsetzung auch für künftige Zeitabschnitte gilt, solange sich die Bemessungsgrundlagen und der Steuerbetrag nicht ändern.**
- (2) Die Steuer wird einen Monat nach Bekanntgabe des Steuerbescheides fällig. Bis zur Bekanntgabe eines neuen Steuerbescheides ist die Steuer jeweils zum 1. Juni eines jeden Jahres fällig und ohne Aufforderung weiterzuentrichten.<sup>20</sup>**
- (3) Die Steuer ist auf volle Euro abzurunden.**
- (4) Endet die Steuerpflicht, so wird die zu viel gezahlte Steuer auf Antrag erstattet.**

## **§ 8**

### **Anzeigepflicht**

- (1) Wer Inhaber einer Zweitwohnung ist bzw. wird oder eine Zweitwohnung aufgibt, hat dies der Gemeinde/Stadt \_ Steueramt - innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Die Anmeldung oder Abmeldung von Personen nach dem MeldeG gilt als Anzeige im Sinne dieser Vorschrift.<sup>21</sup>**
- (2) Die Inhaber einer Zweitwohnung sind verpflichtet, der Gemeinde/Stadt \_\_\_\_\_ die für die Höhe der Steuer maßgeblichen Veränderungen unverzüglich schriftlich zu melden und über diese Veränderungen - auf Verlangen auch unter Vorlage entsprechender Unterlagen - Auskunft zu erteilen.**

## **§ 9**

### **Steuererklärung**

(1) Der Inhaber einer Zweitwohnung ist zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet.<sup>22, 23</sup> Zur Abgabe einer Steuererklärung ist auch verpflichtet, wer hierzu von der Gemeinde/Stadt \_\_\_\_ aufgefordert wird.<sup>24</sup>

(2) Der Steuerpflichtige hat innerhalb eines Monats nach Aufforderung oder bei Änderung der für die Steuerbemessung nach § 4 maßgeblichen Umstände, insbesondere der Entgelthöhe, eine Steuererklärung abzugeben.

(3) Die nach dem Formblatt der Gemeinde/Stadt \_\_\_\_\_ zu erstellende Steuererklärung ist eigenhändig zu unterschreiben.<sup>25</sup>

(4) Die Stadt kann zum Nachweis der Angaben geeignete Unterlagen, insbesondere Mietverträge, Mietänderungsverträge und Vergleichsmieten anfordern.<sup>26</sup>

## § 10 Mitwirkungspflichten

Die Mitwirkungspflichten Dritter, insbesondere derjenigen, die dem Steuerpflichtigen die Wohnung überlassen oder ihm die Mitbenutzung gestatten - z.B. Vermieter, Grundstücks- oder Wohnungseigentümer oder Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz in der jeweils geltenden Fassung - ergeben sich aus § 93 AO.<sup>27</sup>

## § 11 Kleinbetragsregelung

Eine Festsetzung oder Änderung der Steuer unterbleibt, wenn sie einen Betrag von 10,00 Euro nicht überschreitet.

## § 12 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am \_\_\_\_ in Kraft.

Ort, Datum:

Gemeinde/Stadt

(Unterschrift)

Erster Bürgermeister

- 1 Hierfür gibt es **keine amtliche Mustersatzung** i. S. von Art. 2 Abs. 2 KAG; das StMI beabsichtigt auch nicht, eine solche zu veröffentlichen. Ein **Satzungsmuster des Bayerischen Gemeindetags** ist abgedruckt in Bayerischer Gemeindetag, Heft 8/2004, S. 291.
- 2 Hier im gesamten Satzungstext jeweils Unzutreffendes streichen sowie den Namen der Kommune einsetzen.
- 3 Der Begriff „Innehaben einer Zweitwohnung“ geht bewusst über den melderechtlichen Status hinaus. Erfasst sind alle Personen, die mit Nebenwohnung i. S. des Art. 16 Abs. 3 MeldeG gemeldet sind, die trotz Meldepflicht nicht gemeldet sind, sowie diejenigen, die fehlerhaft mit Hauptwohnsitz gemeldet sind. Bestellt der Eigentümer einer Wohnung an dieser ein Nießbrauchsrecht, ist Inhaber der Wohnung der Nießbrauchsberechtigte (so das BVerwG im Urteil vom 13.5.2009 – 9 C 8.08; gegenteilige Auffassung der BayVGH in der Vorinstanz im Urteil vom 22.6.2007 – 4 BV 06.2954).
- 4 Die Übernahme des melderechtlichen Wohnungsbegriffs (Art. 15 MeldeG) stellt sicher, dass auch sog. Kleinstwohnungen, die dem baurechtlichen Wohnungsbegriff nicht

genügen, der Zweitwohnungssteuer unterliegen. Zur Zweitwohnungssteuerpflicht eines untergemieteten Zimmers von 11 m<sup>2</sup> Größe ohne eigene Sanitäreinrichtungen oder Kochgelegenheit vgl. VG Augsburg, Urteil vom 13.6.2007, GKBay 174/2008 (ähnlich BayVGH, Urteil vom 22.4.2010, GKBay 24/2011).

- 5 Die Satzung führt über den Begriff der Nebenwohnung hinaus eine eigene, vom Melderecht unabhängige Definition der Zweitwohnung ein. Diese Fiktion, die als *lex specialis* zu den melderechtlichen Bestimmungen zu werten ist, dient der Verwaltungsvereinfachung, indem sie den Steuergläubiger von der Verpflichtung befreit, das Vorliegen der melderechtlichen Voraussetzungen (Art. 16 MeldeG) im Einzelfall nachzuweisen. Die in § 1 Abs. 3 Satz 2 getroffene Regelung stellt die Besteuerung auch in den Fällen sicher, in denen der Wohnungsinhaber melderechtlich nicht erfasst ist. Eine solche Satzungsbestimmung hat der Bundesfinanzhof in seiner Entscheidung II B 107/94 vom 31.5.1995 ausdrücklich für zulässig erachtet.
- 6 Der Begriff „Hauptwohnung“ ist in Art. 16 Abs. 2 MeldeG definiert: „Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie ... In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt.“  
  
Die Heranziehung nur ortsfremder Inhaber von Zweitwohnungen verstieße gegen den Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG (BVerfG, Beschluss vom 6.12.1983, Az. 2 BvR 1275/79). Es wurde daher bewusst nicht darauf abgestellt, dass der Steuerpflichtige in einer anderen Gemeinde seinen Hauptwohnsitz hat.
- 7 Der Begriff „vorübergehend“ wird nicht weiter definiert, denn die Zweitwohnungssteuer ist gerade keine zeitanteilige Steuer oder Nutzungssteuer. Maßgeblich ist allein der Aufwandcharakter der Steuer. Die Tatsache, dass objektiv die Möglichkeit besteht, die Wohnung auch zur persönlichen Lebensführung zu nutzen, erfüllt den Steuertatbestand (vgl. BVerwG, Urteil vom 26.7.1979, BayVBl 1979, S. 755 ff.). Dient die Wohnung dagegen ausschließlich der Vermietung und Verpachtung, handelt es sich um eine Kapitalanlage und nicht um eine Zweitwohnung (zur Abgrenzung vgl. BVerwG, Urteil vom 10.10.1995, NVwZ 1997, 86 [BVerwG 10.10.1995 - 8 C 40/93] = KStZ 1997, 36 sowie BVerfG, Beschluss vom 29.6.1995, NVwZ 1996, 62 = BB 1995, 2047 und BayVGH vom 10.2.2010, GKBay 137/2010, vom 22.4.2010, GKBay 24/2011 und vom 1.3.2012, GK 134/2012).  
  
Der VGH Baden-Württemberg hat in seinen Urteilen vom 18.12.1986, Az. 2 S 2423/86, vom 18.12.1987, Az. 2 S 2425/86 und vom 20.5.1988, Az. 2 S 25/88, eine zeitliche Untergrenze der Nutzungsdauer für das Vorliegen einer steuerpflichtigen Zweitwohnung für zulässig, aber nicht für notwendig erachtet.
- 8 Für Gemeinden, in denen ein größerer Personenkreis Wohnungen der hier geregelten Art aufweist, empfiehlt es sich nach der Verwaltungspraxis in anderen Bundesländern, eine Regelung in der Satzung zu treffen. Andernfalls kämen auch Billigkeitsentscheidungen im Einzelfall in Betracht.
- 9 Heimbewohner, die ihre bisherige Hauptwohnung nach Umzug in das Heim als Nebenwohnung beibehalten, werden im Billigkeitsweg von der Steuer freigestellt.
- 10 Vgl. zu den sog. Kinderzimmer-Fällen VG Gelsenkirchen, Urteil vom 5.12.2002, KStZ 2002, 213. Durch Billigkeitsentscheidung im Einzelfall können Sachverhalte entschieden werden, bei denen minderjährige Internatsschüler (melderechtlich Nebenwohnung) im Gemeindegebiet eine Wohnung bzw. ein Zimmer innehaben. Volljährige Internatsschüler dürften regelmäßig am Internatsort mit Hauptwohnung gemeldet sein.
- 11 Dieser Befreiungstatbestand entspringt dem Beschluss des BVerfG vom 11.10.2005 (NJW 2005 S. 3556 [BVerfG 11.10.2005 - 1 BvR 1232/00] = GK 13/2006) und wendet ihn analog auch auf zur (Berufs-)Ausbildung oder zum Studium unterhaltene

Zweitwohnungen an (vgl. ausführlich in Kennzahl 104.15). Der BayVGh hält dies im Urteil vom 14.2.2007 (4 N 06.367) für „wenn nicht geboten, so jedenfalls zulässig“ (S. 11 des Urteilsamdrucks). Andererseits ist zu beachten, dass der Beschluss des BVerfG so zu verstehen ist (vgl. dort Nrn. 107 bis 110), dass das Ehegattenprivileg nur dann Anwendung findet, wenn der betroffene Ehegatte die Zweitwohnung überwiegend nutzt, jedoch dann nicht, wenn in der Stadt des melderechtlich fiktiv festgelegten Hauptwohnsitzes tatsächlich sein Lebensmittelpunkt besteht (vgl. auch VG München, Urteil vom 18.12.2008 – M 10 K 08.920 sowie BayVGh, Beschluss vom 17.3.2009, GKBay 162/2009). Im Beschluss vom 24.5.2007 (NVwZ-RR 2007, 555) ist das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen der Auffassung, der Beschluss des BVerfG sei nicht auf Sachverhalte anwendbar, in denen die Inanspruchnahme einer Zweitwohnung lediglich opportun oder wünschenswert ist, etwa um das Trennungsjahr zur Vorbereitung einer Scheidung in getrennten Wohnungen zu verbringen. Engelbrecht/Kabey empfehlen in KommP BY 2011, 25 unter Bezug auf BVerfG vom 21.7.2010, NJW 2010, 2783, [BVerfG 21.07.2010 - 1 BvR 611/07] das „Ehegattenprivileg“ auch auf Mitglieder eingetragener Lebenspartnerschaften anzuwenden. Demgegenüber ist der BayVGh im Beschluss vom 4.2.2011 (LSKAG Nr. 3.4.2/47) der Auffassung, die Rechtsprechung des BVerfG sei auf nichteheliche Lebensgemeinschaften nicht übertragbar, da in diesen Fällen keine „melderechtliche Zwangslage“ bestehe.

- 12 Aus rechtlichen Gründen ist es nicht notwendig, diese Steuerbefreiung, die durch Gesetz vom 11.3.2014 (GVBl S. 70) nochmals geändert wurde, in die Satzung einzuarbeiten (vgl. KommP BY 2008, 362, 367). Da sie rechtlich sowieso umstritten ist (vgl. BayVGh vom 1.3.2012, GK 134/2012), erscheint es außerdem sinnvoll, keinen Rechtsgrund für die mögliche Rechtswidrigkeit der Satzung in deren Text einzufügen und dadurch dem Satzungsgeber aufzubürden, die Rechtsänderung in einem eventuellen Normenkontrollverfahren gegen die Satzung „verteidigen“ zu müssen. Wird ein Absatz 2 eingearbeitet, wird der bisherige Text zu Absatz 1.

Zum Vollzug der neuen Bestimmungen im Einzelnen vgl. GK 230/2008 Ziff. 3 und speziell bei ausländischen Zweitwohnungsinhabern GK 57/2009. Zur korrekten Einkünfteermittlung vgl. das Merkblatt der StMI vom März 2009 in GK 105/2009.

- 13 Eine juristische Person kann nicht zur Zweitwohnungssteuer herangezogen werden; allerdings kann sich eine natürliche Person als Inhaberin einer Zweitwohnung nicht allein durch die Zwischenschaltung einer juristischen Person der Steuerpflicht entziehen (vgl. § 42 AO sowie BVerwG, Urteil vom 27.9.2000, NVwZ 2001, 439 [BVerwG 27.09.2000 - 11 C 4/00]). Bei einer GbR sind die Gesellschafter nicht allein aufgrund ihrer Gesellschafterstellung zweitwohnungspflichtig (vgl. BayVGh, Urteil vom 10.12.2008, GKBay 126/2009 = KommP BY 2009, 107, nur LS).
- 14 Die Pauschalierung wird aus Gründen der Verwaltungspraktikabilität eingefügt. Die Abzüge wurden knapp gewählt, da die Zweitwohnungen durch ihre geringere Auslastung auch geringere Nebenkosten verursachen.
- 15 Erfasst werden alle Fälle, für die entweder keine oder keine reelle Entgeltvereinbarung vorliegt. Zur Zulässigkeit der Schätzung des Mietwerts vgl. BayVGh, Urteil vom 4.4.2006 (GK 129/2006 Ziff. 15 = BayVBl 2006, 500).
- 16 Der Steuersatz bewegt sich üblicherweise zwischen 8 und 15 v.H.; 10 v.H. werden häufig angesetzt. Nach dem Urteil des BayVGh vom 4.4.2006 (GK 129/2006 = BayVBl 2006, 500) wären an dieser Stelle auch gestaffelte Steuersätze (dort sieben Stufen; vgl. Ziff. 16 in GK 129/2006) zulässig. Jedenfalls mehr als 20 v.H. erscheinen rechtlich problematisch (OVG Lüneburg, Beschluss vom 22.11.2010, NVwZ-RR 2011, 248 und BayVGh, Urteil vom 14.4.2011, GK 14/2012).

## 17 **Berechnungsbeispiel:**

Die jährliche Bruttokaltmiete für eine Zweitwohnung ( $36 \text{ m}^2 \times 4,50 \text{ €/m}^2$ ) beträgt

a) **Bemessungsgrundlage:** Jahresnettokaltmiete gem. § 4 **Euro**  
Abs. 2 Satz 1:

= Bruttokaltmiete abzügl. 10 %                      1  
749,60

b) **Steuersatz** gem. § 5: 10 % der Jahresnettokaltmiete

Zweitwohnungssteuer vorläufig    174,96

Abrundung auf volle Euro gem. § 7 Abs. 3

Höhe der jährlichen Zweitwohnungssteuer somit                      174,00

- 18 Zur Höhe der Zweitwohnungssteuer bei **vertraglich beschränkter Eigennutzungsmöglichkeit** (hier vier Wochen pro Jahr) vgl. BVerwG, Urteil vom 30.6.1999, NJW 2000, 375, [BVerwG 30.06.1999 - 8 C 6/98] sowie vom 26.9.2001, NVwZ 2002, 728 [BVerwG 26.09.2001 - 9 C 1/01].
- 19 Absatz 2 kann nach den örtlichen Verhältnissen auch entfallen. Das BVerwG hat im Urteil vom 30.6.1999 (NJW 2000, 375 [BVerwG 30.06.1999 - 8 C 6/98] = KStZ 2000, 34) festgestellt, die Festsetzung einer Zweitwohnungssteuer unter Zugrundelegung der gesamten Jahresrohmiete sei rechtswidrig, wenn von vornherein nur eine vertraglich befristete Eigennutzungsmöglichkeit besteht (hier: 4 Wochen). Einer als Jahressteuer angelegten Zweitwohnungssteuer-Erhebung liege erkennbar die Annahme (annähernd) ganzjährigen privaten Aufwands in Gestalt jedenfalls einer bestehenden ganzjährigen Nutzungsmöglichkeit zugrunde. Wenn eingangs des Steuerjahres eindeutig feststeht, dass eine Eigennutzungsmöglichkeit nur einen erheblich geringeren zeitlichen Umfang haben kann, sei das Festhalten an dem Jahresbetrag als Bemessungsgröße für diesen Aufwand unangemessen. Der **BayVGH** hält im Urteil vom 4.4.2006 (GK 130/2006 = BayVBl 2006, 505) eine den Eigennutzer anteilig erheblich höher treffende Steuerschuld als in diesem Satzungsmuster ebenfalls für zulässig.
- 20 Rechtsgrundlage für den fortlaufenden Besteuerungsbescheid ist Art. 12 Abs. 1 KAG.
- 21 Ziel ist eine Vereinfachung für den Steuerpflichtigen.
- 22 Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz bestätigt in seinem 22. Tätigkeitsbericht unter Ziff. 8.3 die datenschutzrechtliche Zulässigkeit der ihm zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer vorgelegten Fragebögen (sog. Steuererklärungen zur Zweitwohnungssteuer; vgl. FStBay RdNr. 69/2007).
- 23 Aufgrund von § 149 Abs. 1 Satz 1 AO ist in der Steuersatzung zu bestimmen, wer zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet ist.
- 24 Dies ist der Wortlaut des ohnehin anwendbaren § 149 Abs. 1 Satz 2 AO. Auf die Wiederholung im Satzungstext könnte verzichtet werden.
- 25 Mit dieser Regelung wird die eigenhändige Unterschrift im Sinne von § 150 Abs. 3 Satz 1 AO angeordnet.
- 26 Auch dies ist datenschutzrechtlich zulässig (vgl. Fn. 19).
- 27 Mit diesem Hinweis wird verdeutlicht, dass der Satzungsgeber sich bei der Besteuerung nicht auf den Personenkreis beschränken wird, der ordnungsgemäß seine Zweitwohnung

als Nebenwohnsitz angemeldet hat (vgl. hierzu: VG Gelsenkirchen, Urteil vom 5.12.2002, KStZ 2003, S. 213 ff.). Zur Auskunftspflicht des Wohnungsgebers vgl. Art. 20 Satz 1 MeldeG.

---

Bearbeitungsdatum: 01.06.2013

---

© 2023 Wolters Kluwer Deutschland GmbH